

RELIGION UND KONFLIKT IN DER SCHWEIZER FRIEDENSPOLITIK

Von Angela Ullmann

Die Schweizer Friedenspolitik zu Religion und Konflikt fusst auf den historischen Erfahrungen der Schweiz im Umgang mit religiös geprägten Konflikten und der zunehmenden Bedeutung von Religion in bewaffneten Konflikten. Der Einfluss und die Rolle von Religion können über die Dauer eines Konfliktes variieren und verdienen deshalb besondere Aufmerksamkeit. Dieser Beitrag stellt fünf religionsspezifische Grundsätze des Schweizer Engagements anhand zweier Fallstudien vor und stellt die Schweizer Friedenspolitik in einen internationalen Vergleich.

EINLEITUNG

Die Schweiz hat die grosse Bedeutung und Herausforderung von Konflikten mit religiösen Dimensionen¹ in ihrer Aussenpolitik bereits vor knapp 20 Jahren erkannt und Pionierarbeit zu deren Bearbeitung geleistet. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stützt seine aktuelle Friedenspolitik zu Religion und Konflikt auf die historisch gewonnenen Erkenntnisse im eigenen Land. Die Schweiz hat selbst religiös geprägte Kriege und Konflikte erlebt, wie beispielsweise die Reformationskriege (1529, 1531, 1656, 1712), den Sonderbundskrieg (1847) und den Kulturkampf (1870–1885). Ein Teil der schweizerischen politischen Kultur und ihrer Institutionen sind durch die Auseinandersetzungen mit Religion entstanden. Dabei haben sich zwei Leitsätze für das Bearbeiten von Konflikten um religiöse

1 Dieser Artikel verwendet folgende Arbeitsdefinition von Religion: Religion als Weltanschauung bietet seinen Mitgliedern ein Bezugssystem, das ihnen hilft die Welt zu verstehen, sich darin zu bewegen und Sinn herzustellen. Religion kann alle Lebensbereiche durchdringen und ist meist kollektiver Natur. Sie kann Institutionen ausbilden und verweist oft ein «Höchstes» oder «Absolutes». Diese Arbeitsdefinition basiert auf Jonathan Fox, *Ethnoreligious Conflict in the Late Twentieth Century: A General Theory* (Oxford: Lexington Books, 2002), S. 103.

Koexistenz herauskristallisiert.² *Erstens* werden solche Konflikte zuerst auf möglichst lokaler³ Ebene angegangen. *Zweitens* werden praktische Lösungen für den Alltag gesucht, die sich jenseits von Ideologie und Wertedebatten befinden. Diese Herangehensweise trägt Früchte, beispielsweise bei der Ermöglichung der Einhaltung von religiösen Speisevorschriften und Seelsorgeangeboten in Spitälern, Gefängnissen und in der Armee, bei konfessionellen Friedhofsangeboten sowie beim Umgang mit nichtchristlichen Feiertagen in Schule und Arbeitsgesetz.

Im Laufe der letzten Jahre hat das EDA fünf religionspezifische Grundsätze für die Bearbeitung von Konflikten mit religiösen Dimensionen entwickelt: 1) ein religionsneutrales Vorgehen, 2) die Rolle von Religion weder zu über- noch zu unterschätzen, 3) eine inklusive Herangehensweise an religiös motivierte politische Akteure, 4) einen transformativen Ansatz und 5) den Dialog durch Praxis. Diese fünf Grundsätze werden im vorliegenden Beitrag erstmals in dieser Form vorgestellt. Sie wurden ursprünglich von Jean-Nicolas Bitter konzeptualisiert⁴ und vom Aktivitätssektor *Religion Politik Konflikte* (RPK) des EDA in Zusammenarbeit mit dessen Partnern weiterentwickelt und getestet.⁵ Zwei Fallstudien sollen im Folgenden die fünf Grundsätze illustrieren. Ein intra-buddhistischer Dialog aus Thailand und eine regionale Workshop-Reihe zu Religion und Politik im öffentlichen Raum mit Teilnehmenden verschiedener Länder Nordafrikas und des Mittleren Ostens (MENA). Die beiden Fallstudien wurden so gewählt, dass sie das Spektrum der unterschiedlichen friedensfördernden Engagements des EDA zu Reli-

2 Vgl. Jean-Nicolas Bitter / Angela Ullmann, «Vom Umgang der Schweiz mit religiös geprägten Konflikten», in: *CSS Analysen zu Sicherheitspolitik* Nr. 229 (2018).

3 Lokal im Sinne der tiefsten institutionellen Ebene, d.h. in der Schweiz auf Gemeindeebene.

4 Vgl. Jean-Nicolas Bitter, *Les Dieux Embusqués* (Genf/Paris: Librairie Droz, 2003).

5 Zu den wichtigsten Partnern von RPK zählen das Culture and Religion in Mediation (CARIM) Programm und die Cordoba Foundation of Geneva (CFG). CARIM ist eine gemeinsame Initiative des *Center for Security Studies* (CSS) der ETH Zürich und des Aktivitätssektors «Religion, Politik, Konflikte» des EDA. Ziel des 2013 gegründeten Programms ist es, zu einem besseren Verständnis und einer besseren Bearbeitung des Zusammenspiels von Religion und Politik in Konflikttransmutations- und Mediationsprozessen beizutragen. CFG ist eine schweizerische NGO welche die Ziele verfolgt Gewalt zu verhindern, Konflikte zu transformieren und den Frieden zu fördern in Nordafrika, dem Nahen Osten und dem Sahel. Siehe Simon J. A. Mason / Damiano A. Sguaitamatti (Hrsg.): *Religion in Conflict Transformation*, Spezialausgabe von *Politorbis: Zeitschrift zur Aussenpolitik* Nr. 52 (Bern/Zürich: EDA/ETH Zürich, 2011).

gion und Konflikt abdecken und die fünf Grundsätze anschaulich darstellen. Dieser Beitrag beleuchtet eine national- und eine regional-orientierte Initiative innerhalb jeweils unterschiedlicher kultureller und religiöser Kontexte. Der Schwerpunkt der Konfliktodynamik in Thailand liegt auf unterschiedlichen Identitäten, während jene der MENA-Region hauptsächlich von Weltanschauungsdifferenzen beeinflusst wird. Ein kurzer vergleichender Blick zu internationalen Politikentwicklungen und ein Ausblick auf die Zukunft des schweizerischen aussenpolitischen Engagements zu Religion und Konflikt schliessen den Beitrag ab.

1 KONFLIKTE MIT RELIGIÖSEN DIMENSIONEN

Empirische Studien der Universität Uppsala zeigen, dass die Anzahl bewaffneter Konflikte mit religiösen Dimensionen seit 1975 kontinuierlich steigt.⁶ Hinzu kommt, dass der Anteil an Konflikten ohne religiöse Dimensionen an der Summe aller bewaffneter Konflikte über den selben Zeitraum gesunken ist. Es sind jedoch nicht alle Konflikte, in denen Religion eine Rolle spielt, statistisch häufiger geworden. Eine genauere Analyse der Rolle von Religion in bewaffneten Konflikten ist deshalb nötig, bevor Rückschlüsse aus der Datenlage gezogen werden können.

Das Aufeinandertreffen von Gruppierungen mit unterschiedlichen religiösen Weltanschauungen verläuft nicht zwingendermassen konfliktiv. Aber wenn solche Gruppierungen in Konflikt miteinander geraten, spielt Religion hauptsächlich in zwei Bereichen eine Rolle. Svensson/Nilsson unterscheiden diese in ihrem «*Religion and Armed Conflict (RELAC)*»-Datensatz als religiöse Identitätskonflikte und Konflikte mit religiösen Konfliktthemen.⁷

Erstens kann Religion als Unterscheidungsmerkmal der Identitäten der jeweiligen Konfliktparteien dienen. Diese Konflikte werden «religiöse Identitätskonflikte» genannt (*religious identity conflicts*). Religion hilft den Konfliktakteuren, sich einerseits mit einer bestimmten Gruppe zu

6 Die Ideen und Argumente dieses Abschnitts basieren auf folgender Publikation: Jonas Baumann / Daniel Finnbogason / Isak Svensson, «Rethinking Mediation: Resolving Religious Conflicts», in: *CSS Policy Perspectives* 6, Nr. 1 (2018).

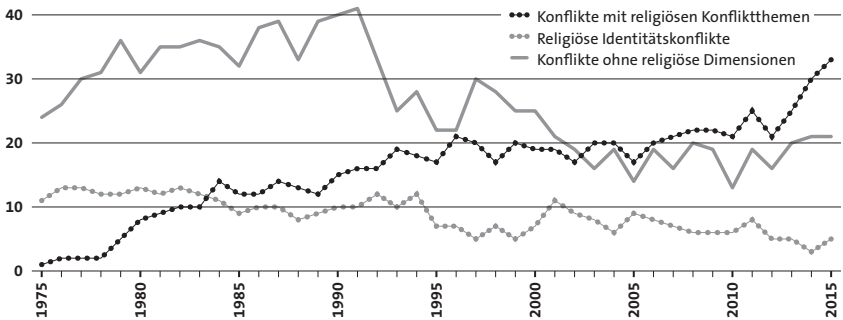
7 Vgl. Isak Svensson / Desirée Nilsson, «Disputes over the Divine: Introducing the Religion and Armed Conflict (RELAC) Data, 1975 to 2015», in: *Journal of Conflict Resolution* 62, Nr. 5 (2017), S. 1127–1148.

identifizieren (jene mit der gleichen religiösen Identität) und andererseits von anderen Gruppen zu unterscheiden und zu distanzieren (jene mit einer anderen religiösen Identität). Dieser Fall tritt ein, wenn die Konfliktlinien zwischen den Akteuren mit ihren unterschiedlichen religiösen Identitäten übereinstimmen, sei dies zwischen Weltreligionen oder zwischen unterschiedlichen Konfessionen oder Strömungen einer Weltreligion. Beispiele dafür sind die bewaffneten Auseinandersetzungen in der Zentralafrikanischen Republik zwischen der weitgehend muslimischen Rebellenbewegung Seleka und der grösstenteils christlichen Gegenbewegung Anti-balaka oder zwischen pro-britischen Protestanten und republikanisch-nationalistischen Katholiken im Bürgerkrieg Nordirlands (1969–1998), in welchem Religion als Unterscheidungsmerkmal der Identitäten hauptsächlich den Zweck erfüllte zu bestimmen, wer zu welcher Seite gehört.

Zweitens kann Religion die Konfliktthemen, über welche die Konfliktparteien streiten, informieren und prägen. Konflikte, in denen Religion die Sichtweise und Ansprüche auf einzelne Konfliktthemen formt, werden «Konflikte mit religiösen Konfliktthemen» genannt (*religious issue conflicts*). Solche religiös geprägten Konfliktgegenstände finden sich beispielsweise im Israel-Palästina-Konflikt, in dem Juden, Muslime und Christen die heiligen Stätten aufgrund unterschiedlicher religiöser Narrative für sich beanspruchen. Exemplarisch ist auch die Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der Karzai-Regierung im Afghanistan-Konflikt in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre. In diesem Konflikt wurden unterschiedliche, religiös geprägte Sichtweisen des idealen afghanischen Staates verhandelt. Die Taliban vertraten eine sehr strikte Auslegung der Scharia, die bekanntermassen Frauen und Mädchen von Schulbildung ausschloss, währenddessen Karzais Regierung einen islamisch geprägten Staat moderaterer Natur vertrat. Sowohl im Israel-Palästina- als auch im Afghanistan-Konflikt gründen die Ansprüche der Konfliktparteien betreffend der genannten Konfliktthemen in ihren jeweiligen religiösen Überzeugungen.⁸

8 Mehr Beispiele für religiöse Identitätskonflikte und Konflikte mit religiösem Konfliktgegenstand können gefunden werden in Isak Svensson, *Ending Holy Wars: Religion and Conflict Resolution in Civil Wars* (St Lucia, Queensland: University of Queensland Press, 2012).

ANZAHL DER BEWAFFNETEN KONFLIKTE WELTWEIT NACH TYPUS, 1975 – 2015



Quelle: Religion and Armed Conflict (RELAC) Data, Isak Svensson und Desirée Nilsson

Ein Blick auf die Datenlage zeigt, dass die Anzahl bewaffneter Konflikte insgesamt seit den 1990er-Jahren abnimmt – ein Trend, der allerdings ab 2010 wieder gebrochen wird. Konflikte ohne religiöse Dimension, also Konflikte, in denen Religion weder zur Unterscheidung der Identitäten der Konfliktparteien noch zu deren unterschiedlicher Sichtweise auf die Konfliktthemen beitrug, machten von 1975 bis in die frühen 1990er-Jahre die Mehrheit aller bewaffneten Konflikte aus. Gab es im Jahr 1991 noch bis zu 40 solcher bewaffneter Konflikte nahmen diese bis in die frühen 2000er-Jahre stark ab und haben sich seitdem bei 15–20 bewaffneten Konflikten pro Jahr eingependelt.

Religiöse Identitätskonflikte machten zu Beginn der Datenerhebung im Jahr 1975 knapp einen Drittel aller bewaffneten Konflikte aus, gleichzeitig gab es so gut wie keine Konflikte mit religiösen Konfliktthemen. Religion verdeutlichte also in den 1970er-Jahren fast ausschliesslich die Identitätsunterschiede und beeinflusste die grösstenteils weltanschaulich geprägten Konflikte kaum. Die Anzahl der religiösen Identitätskonflikte nimmt seit Beginn der Datenerhebung stetig ab. Seit 2012 wurden nur noch maximal fünf Konflikte pro Jahr als religiöse Identitätskonflikte identifiziert.

Konflikte mit religiösen Konfliktthemen, in denen die Ansprüche der Konfliktparteien hinsichtlich der Streitpunkte in unterschiedlichen religiösen Weltanschauungen gründen, traten gemäss Svensson/Nilsson

mit der sowjetischen Invasion Afghanistans und der Islamischen Revolution im Iran ab 1979 auf. Die Häufigkeit dieses Konflikttypus ist seitdem gestiegen, mit einer starken Zunahme seit dem Jahr 2010 und den Folgen der arabischen Rebellionen. Im Jahr 2015 haben Konflikte mit religiösen Streitpunkten sogar die Mehrheit aller bewaffneten Konflikte ausgemacht (über 30 Konflikte oder 56 Prozent).

Was kann aus diesen empirischen Trends geschlossen werden? Abgesehen von geopolitischen Veränderungen der Kontexte deutet die kontinuierliche Abnahme nichtreligiöser Konflikte und religiöser Identitätskonflikte darauf hin, dass existierende Mechanismen und Werkzeuge der Konfliktprävention und Konflikttransformation diese Konflikttypen mit einer gewissen Wirksamkeit bearbeiten können. Konflikte mit religiösen Streitpunkten weisen hingegen bis heute eine steigende Tendenz auf. Statistisch gesprochen sind diese Konflikte hartnäckiger und enden weniger häufig in Verhandlungslösungen als die anderen beiden Konflikttypen. Das lässt unter anderem darauf schliessen, dass die existierenden Instrumente der Konfliktprävention und -transformation bei diesem dritten Konflikttypus bislang weniger gut greifen. Eine Anpassung und Weiterentwicklung existierender Werkzeuge ist ein wichtiger Ansatz um die wachsende Herausforderung von Konflikten mit unterschiedlichen religiösen Weltanschauungen zu bewältigen.⁹

2 SCHWEIZER FRIEDENSPOLITIK

Das Engagement der Schweiz für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher religiöser und säkularer Gemeinschaften ist geprägt von ihren historischen Erfahrungen im Umgang mit eigenen religiös-geprägten Konflikten und einer langjährigen Praxis der Friedensförderung.¹⁰ Als wesentliche Erkenntnis hat sich dabei herauskristallisiert, dass religiös motivierte politische Konfliktakteure im Zuge der Säkularisierung der westlichen Welt und nach den Ereignissen des 11. Septembers 2001 kaum von Regierungsstellen oder Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in deren Friedensbemühungen eingebunden wurden.

9 Isak Svensson, «Global Trends», Präsentation gehalten im *Religion and Mediation Course* 2016.

10 Bitter/Ullmann, *Umgang der Schweiz*.

Die Schweiz erkannte diese Lücke und engagierte die als «schwierig» geltenden religiösen Akteure in Pilotinitiativen der Konflikttransformation. Hierbei wurde deutlich, dass die Einbindung religiös motivierter politischer Akteure einen zentralen Baustein der Friedensförderung darstellt und dass die Pionierarbeit der Schweiz in diesem Bereich einen Mehrwert für die internationale Gemeinschaft leisten kann. Dank der Kompatibilität dieses inklusiven Ansatzes der Friedensförderung mit nationalen Grundwerten, wie beispielsweise einer pragmatischen Herangehensweise an Konflikte des Zusammenlebens¹¹, konnte die Schweiz ihr Engagement nach 2004 mit dem Aktivitätssektor RPK ausbauen.¹²

Ziel der Schweizer Friedensbestrebungen ist es, Mechanismen für das friedliche Zusammenleben zu entwickeln, auch wenn widersprüchliche Narrative und Werte existieren. Neben bekannten Konflikttransformationsprinzipien¹³ basiert die Schweizer Friedenspolitik zur Bearbeitung von Konflikten mit religiösen Dimensionen in der Praxis auf fünf religionsspezifischen Grundsätzen.¹⁴

Der erste Grundsatz besteht in einer *religionsneutralen Herangehensweise*. Der Schweizer Ansatz verzichtet auf eine Bewertung der religiösen Weltanschauungen im Konflikt. Der Verzicht auf eine Bewertung bedingt keine Werteindifferenz. Stattdessen werden die Perspektiven aller Konfliktparteien unter dem Paradigma der sozial konstruierten Wirklichkeit als real und legitim anerkannt. Dieser Ansatz impliziert auch einen zurückhaltenden Umgang mit Bezeichnungen wie «orthodox», «extremistisch» oder «radikal», da damit immer eine Bewertung mitschwingt, die im lokalen Kontext und aus dem Selbstverständnis einer Gemeinschaft heraus eine andere Bedeutung haben kann. Gesprächspartner können all jene sein, die bereit sind, sich von Gewalt zu distanzieren, und offen für den Modus friedlicher Koexistenz. Dies bedingt

11 Ebd.

12 Hintergrundgespräch mit einem EDA-Mitarbeitenden, Bern/Zürich, 15.08.2018. Vgl. Botschaft über einen Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Konfliktbearbeitung und Menschenrechtsförderung vom 23. Oktober 2002, S. 7984, in der die Zugehörigkeit von Personengruppen zu unterschiedlichen Religionen als Konfliktursache beschrieben wird.

13 Siehe Barbara Unger / Oliver Wils Berghof, *Systemic Conflict Transformation. Guiding Principles for Practitioners and Policy Makers Working on Conflict*, (Berlin: Berghof Foundation for Peace Support, 2006); oder Transconflict, «Principles of Conflict Transformation».

14 Baumann et al, *Rethinking Mediation*.

eine fortlaufende Selbstreflektion über die eigene Werthaltung und der damit verbundenen Vorurteile.¹⁵

Der zweite Grundsatz besteht darin, die Rolle von Religion in Konflikten *weder zu unter- noch zu überschätzen* («*right-sizing religion*»). Religion kann als Weltanschauung alle Lebensbereiche einer Wertegemeinschaft durchdringen. Auch die

Die Schweiz ist bereit, mit allen gesellschaftspolitischen Akteuren zu sprechen.

Art, wie Beziehungen gestaltet und wie Strukturen und Konzepte wie Gerechtigkeit, Raum und Zeit gedacht und gewertet

werden, kann von Religion beeinflusst sein. Für die Bearbeitung von Konflikten ist es daher weder förderlich, in allem eine religiöse Dimension zu erkennen (eine Essenzialisierung von Religion), noch Religion als reinen Symbolismus oder als Deckmantel für versteckte Interessen abzutun (eine Instrumentalisierung von Religion). Konflikte tragen viele Facetten in sich und werden von verschiedenen Treibern geschürt. Daher muss die Rolle und der Einfluss von Religion bei jedem Streitpunkt im richtigen Masse berücksichtigt werden, wenn nachhaltige und wirk-same Lösungen gefunden werden sollen.

Der dritte Grundsatz ist der einer *inklusiven Herangehensweise*. Dabei versucht die Schweiz religiös-motivierte Konfliktakteure neben nichtreligiösen, staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren in Friedens- und Konflikttransformationsprozesse einzubinden. Auf diese Weise soll das sektorale Abseits, in das religiös motivierte politische Akteure immer wieder gestellt werden, vermieden werden. Dabei muss eine Drittpartei bereit sein, mit allen gesellschaftspolitischen Akteuren zu sprechen, auch wenn sich diese selbst als «radikal» oder «extremistisch» bezeichnen. Wichtig ist, dass sie bereit sind, Abstand von Gewalt für politische Zwecke zu nehmen, in einen Dialog treten wollen und die Glaubwürdigkeit und Legitimation besitzen die Narrative und Diskurse ihrer Wertegemeinschaft zu (re-)interpretieren. Durch die (Re-)Interpretation soll die Gemeinschaft ihren Werten und Traditionen treu bleiben können und gleichzeitig ihre Handlungen so verän-

15 Vgl. Jean-Nicolas Bitter, «Transforming Conflicts with Religious Dimensions: Using the Cultural-Linguistic Model», in: Mason/Sguaitamatti, *Religion in Conflict Transformation*, S. 27–32.

dern, dass ein friedliches Zusammenleben mit anderen Wertegemeinschaften möglich wird.

Der vierte Grundsatz besteht im *transformativen Ansatz*. Das Schweizer Engagement hat die Ambition, Einstellungen, Beziehungen und Strukturen tiefgreifend zu verändern, sodass Gesellschaften lernen, ihre Konflikte mit religiösen Dimensionen gewaltfrei zu lösen. Dies beeinflusst den Zeithorizont, in dem Ergebnisse erzielt werden können: Persönliche Einstellungen und individuelle Beziehungen können sich im Idealfall schon innerhalb weniger Monate oder Jahre verändern; Beziehungen zwischen Wertegemeinschaften und sozio-politische Strukturen hingegen benötigen selbst unter den richtigen Voraussetzungen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, um sich wirksam und anhaltend zu verändern. Aufgrund der vielen äusseren Einflussfaktoren einer komplexen Umwelt müssen solche transformativen Prozesse, inklusive deren Zeithorizonte, Wirkungsketten und Ergebniserwartungen flexibel gestaltet werden, um sinnvoll auf Veränderungen reagieren zu können. Ausserdem müssen friedensfördernde Initiativen mit bestehenden Engagements innerhalb eines Kontextes zusammenarbeiten und gemeinsam zu strukturellem Wandel beitragen.

Der fünfte Grundsatz liegt im Anstreben eines *Dialogs durch Praxis* («Diapraxis»¹⁶). Dahinter steht die Annahme, dass die verbale Kommunikation zwischen Konfliktakteuren, welche unterschiedlichen Weltanschauungen angehören, stark erschwert ist. Wertegemeinschaften stellen Bedeutung unterschiedlich her. Gewisse Konzepte können unter Umständen nicht verstanden werden, da der ideengeschichtliche Hintergrund fehlt. Wenn tiefste Überzeugungen wie Dogmen, Werte und Glaubensvorstellungen – oder deren Einflüsse auf gesellschaftliches Leben – einen Konflikt wesentlich beeinflussen, kann traditionelles Verhandeln an seine Grenzen geraten. In solchen Fällen muss sich die Kommunikation auf gemeinsame praktische Erfahrungen stützen.

16 Die dänische Theologin Lissi Rasmussen hat den Begriff «Diapraxis» geprägt: «While dialogue indicates a relationship in which talking together is central, diapraxis indicates a relationship in which a common praxis is essential. Thus by diapraxis I do not mean the actual application of dialogue but rather dialogue as action. We need a more anthropological contextual approach to dialogue where we see diapraxis as a meeting between people who try to reveal and transform the reality they share.» Siehe Lissi Rasmussen, «From Diapraxis to Dialogue. Christian-Muslim Relations», in: Lars Thunberg et al. (Hrsg.), *Dialogue in Action* (New Delhi: Prajna Publications, 1988), S.277–293, S.282.

Erstens werden die Konfliktparteien dazu angeleitet, ihre Positionen in deren erfahrbare lebensweltliche Konsequenzen zu übersetzen. *Zweitens* engagieren sich die Konfliktparteien gemeinsam in konfliktrelevanten praktischen Handlungen, welche die Herausforderungen des konkreten Zusammenlebens bearbeiten. Dabei wird weder eine Angleichung der Weltanschauungen angestrebt noch eine Wertedebatte, sondern die gemeinsame Entwicklung alltagstauglicher Mechanismen für die Lösung der bestehenden Konflikte.¹⁷

3 INTRA-BUDDHISTISCHER DIALOG IN THAILAND

Das Schweizer Engagement im Rahmen des intra-buddhistischen Dialogs in Thailand zeigt auf, wie die fünf religionsspezifischen Grundsätze zur Bearbeitung von Konflikten mit religiösen Dimensionen angewandt werden. Die Fallstudie gliedert sich in vier Teile: 1) den Konfliktkontext, 2) die Ziele und Herangehensweise des Projekts, 3) vorläufige Ergebnisse sowie 4) Erfolgsfaktoren und verbleibende Herausforderungen.

3.1 KONFLIKTKONTEXT

Seit 2004 leidet der Süden Thailands unter einem bewaffneten Konflikt, der bis heute über 6000 Menschen das Leben gekostet hat. In den drei südlichen Provinzen Pattani, Yala und Narathiwat kämpfen die malaiisch-muslimischen Separatisten *MARA Pattani* gegen den thailändischen Staat. Die grosse Mehrheit der thailändischen Bevölkerung sind ethnische Thai und gehören dem Theravada-Buddhismus an, die drei Südpfeiler hingegen werden überwiegend von ethnisch malaiischen Muslimen bewohnt.

Seit über drei Jahren führen die Konfliktparteien Friedensgespräche miteinander, was die Ausbrüche von Gewalt im Süden jedoch bisher nicht nachhaltig verhindern konnte.¹⁸ In der Bearbeitung des Konfliktes fühlen sich die Buddhisten im Süden von der Regierung und der buddhistischen Gemeinschaft im Zentrum in ihren Bedürfnissen und

17 Siehe Bitter/Ullmann, *Umgang der Schweiz*.

18 International Crisis Group, «Southern Thailand's Peace Dialogue: No Traction», in: *ICG Asia-Briefing* Nr. 148 (2016).

THAILAND



Befürchtungen ignoriert und von den Muslimen bedroht. Viele der buddhistischen Führer im Zentrum des Landes, in Bangkok, sind sich ihrer potenziellen Einflussmöglichkeiten auf den Konflikt durch ihre geographische und sozio-politische Nähe zu führenden Figuren in Administration und Politik nicht bewusst oder wollen sich nicht involvieren.¹⁹ Das aus der Perspektive der Süd-Buddhisten mangelnde Bewusstsein und Engagement des Zentrums für den Konflikt verstärkt deren Gefühl der Marginalisierung.²⁰

Der offizielle Diskurs Thailands betont den multi-religiösen Hintergrund des Landes, aber der Theravada-Buddhismus ist ein wichtiger konstitutiver Faktor der modernen nationalen Identität Thailands, so-

19 Als Ausnahme sei hier die starke Volksbewegung Dhammakaya genannt, die sich solidarisch für Buddhisten im Süden Thailands engagiert. Vgl. Panu Wongcha-um, «In conflict-hit southern Thailand, Buddhist nationalism is on the rise» in: *Channel News Asia*, 18.6.2017.

20 Interner Projektbericht des intrabuddhistischen Dialogs vom 7.3.2017 über die Projektphase von März-Dezember 2016.

dass Thai zu sein im Grunde Buddhist zu sein bedeutet.²¹ Religion wird immer mehr zu einem trennenden Faktor im Konflikt, auch wenn die Hauptursache des Konfliktes in der Forderung nach Unabhängigkeit liegt. Religiös-ethnisch konstruierte Identitäten spielen eine wichtige Rolle als Abgrenzungsmerkmal im Konflikt. Die Spannungen zwischen den muslimischen und buddhistischen Gemeinschaften intensivieren sich nicht nur im Süden, sondern greifen zunehmend auf andere Regionen des Landes über.²²

3.2 DAS PROJEKT

Ende 2014 haben das Institut für Menschenrechte und Friedensstudien (IHRP) der thailändischen Universität Mahidol, das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich und das EDA gemeinsam einen intrabuddhistischen Dialog lanciert. Ziel des Dialogs ist es, einen Raum für führende buddhistische Akteure des Zentrums und des Südens zu schaffen, sodass diese sich gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben zwischen Buddhisten und Muslimen und eine gewaltfreie Transformation des Konfliktes im Süden einsetzen. Um dieses Ziel zu erreichen verfolgt der Dialog vier Teilziele. *Erstens* sollen die Anliegen der buddhistischen Akteure aus dem Süden von jenen aus dem Zentrum ernst genommen werden. *Zweitens* soll die buddhistische Solidarität zwischen Zentrum und Süden wachsen. *Drittens* soll eine Zusammenarbeit mit den thailändischen Autoritäten und den Vertretern der malaiisch-muslimischen Gemeinschaft angestrebt werden. *Viertens* soll das Risiko kontraproduktiver Aktionen seitens der buddhistischen Gemeinschaft betreffend der Friedensgespräche verringert werden. Ein konstruktives Engagement der Zentralregierung würde dazu beitragen, dass sich die Buddhisten im Süden ernst genommen fühlen in ihren Ängsten und ihrer Sicht auf den Konflikt. Dies würde es den Süd-Buddhisten ermöglichen, sich von ihrer Opferrolle zu lösen und der Verhandlungs-

21 Interner Projektbericht des intrabuddhistischen Dialogs, 24.4.2013.

22 Siehe Sabina Stein, «Interreligiöse Spannungen in Süd- und Südostasien», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik*, Nr. 148 (2014); und Wongcha-um, *In conflict-hit southern Thailand*.

lösung einer friedlichen Koexistenz mit der muslimischen Bevölkerung konstruktiver entgegenzuschauen.²³

3.3 VORLÄUFIGE ERGEBNISSE

Zu allen vier Unterzielen konnten bereits erste Erfolge erreicht werden. Dank der religionsneutralen und inklusiven Herangehensweise konnten buddhistische Einflussträger unterschiedlichster politischer Hintergründe aus dem Zentrum und dem Süden für das Projekt gewonnen werden.²⁴ So sind moderatere Stimmen, die ein Engagement mit Muslimen im Süden eher befürworten, neben Hardlinern, welche diesem kritischer gegenüberstehen, im Dialog involviert. Um gesellschaftliche Sektoren aufzubrechen, wurden Mönche, Laien, Meinungsbildner, Akademiker, Mitglieder der Verwaltung sowie zivilgesellschaftliche Aktivisten eingeladen. Gemeinsam haben sie die inklusive intra-buddhistische Dialogplattform *Weaving Peace Together* (WPT) ins Leben gerufen. Aufgrund ihrer inklusiven Natur und der Legitimität, welche die WPT-Mitglieder geniessen, wird die Dialogplattform von einer breiten buddhistischen Gemeinschaft als repräsentative Dialogplattform anerkannt.²⁵

Die Mitglieder von WPT tauschen sich offen über ihre unterschiedlichen Perspektiven auf den Konflikt im Süden und ihre Ängste und Befürchtungen aus. Dies hat zu mehr Solidarität innerhalb der buddhistischen Gemeinschaft geführt und dazu, dass sich die Mitglieder aus dem Süden in ihren Anliegen mehr gehört fühlen. Der transformative Ansatz des Dialoges hat bei einigen der Mitglieder zur Erkenntnis geführt, dass sie zu wenig über den Konflikt wissen und mehr Selbstreflektion an den Tag legen wollen. Erste Ansätze der Diapraxis wurden eingeführt durch gemeinsame Exkursionen in den Süden und einige Kleinprojekte zwischen unterschiedlich gesinnten WPT-Mitgliedern zur Förderung der Koexistenz im Süden. Insbesondere die Kleinprojekte lassen auf eine

23 Vgl. die Übersicht des intrabuddhistischen Dialogprozesses auf der Website des EDA.

24 Zu den Mitgliedern zählen beispielsweise Mönche, Meinungsbildner, Akademiker, sowie Mitglieder der Verwaltung und zivilgesellschaftliche Aktivisten. Vgl. *interner Projektbericht*, 7.3.2017.

25 Hintergrundgespräch mit Projektmitarbeitendem, Zürich, 4.7.2018.

konstruktivere Konfliktperspektive sowie auf veränderte Beziehungen der Teilnehmenden untereinander schliessen.²⁶

Die WPT-Plattform erlaubt es erstmals einer breiten und über Interessensgruppen hinausgehenden Gemeinschaft von buddhistischen Akteuren, eine einheitliche und konstruktive Sichtweise betreffend des Konflikts im Süden mit den thailändischen Behörden zu teilen. Die im Jahr 2017 gegründete Konföderation der Buddhisten der Südgrenze (*Southern Border Buddhists Confederation*, SBBC) lässt vermuten, dass der Austausch zwischen den Autoritäten und der WPT-Plattform dazu beigetragen hat, dass die Autoritäten ein organisiertes Engagement mit der buddhistischen Gemeinschaft im Süden für wichtig befinden. Auch mit Vertretern der malaiisch-muslimischen Gemeinschaft findet ein regelmässiger Austausch statt. Das Einladen einzelner muslimischer Vertreter wurde auf strukturiertere muslimisch-buddhistische Dialoge ausgeweitet.²⁷

Aufwieglerische islamophobe Diskurse wurden durch die Mitglieder der WPT-Plattform abgeschwächt. Bei entsprechenden Kommentaren oder Aktionen, beispielsweise in den sozialen Medien, konnte WPT schnell reagieren und zur Entschärfung von eskalierenden anti-islamischen Hassreden beitragen. Zu diesem Zweck wurden Gesandte ernannt, welche regelmässig mit radikaleren Buddhisten über deren anti-muslimische Botschaften und deren negative Konsequenzen für die friedliche Koexistenz sprechen.²⁸

3.4 ERFOLGSFAKTOREN UND HERAUSFORDERUNGEN

Drei Faktoren haben dem intra-buddhistischen Dialog wesentlich zum Erfolg verholfen: *Erstens* war aufgrund tiefer Spaltungen innerhalb der buddhistischen Gesellschaft die Zusammenarbeit einer neutralen lokalen Institution unabdingbar. Die Universität Mahidol, eine der angesehensten und ältesten Hochschulen Thailands, verfügt über einen ausgezeichneten Ruf als Brückenbauer. Angehörige der Universität konnten durch ihre persönlichen Netzwerke das Vertrauen der Behörden und

26 Ebd. und *interner Projektbericht*, 7.3.2017.

27 Ebd.

28 Ebd.

buddhistischen Autoritäten gewinnen. *Zweitens* haben die drei Projektpartner stets auf sorgfältig gewählte sanfte Formulierungen gemäss dem thailändischen Kontext geachtet und auf politisch aufgeladene Worte verzichtet. *Drittens* war die die gesellschaftlichen Sektoren überschreitende Herangehensweise in der Auswahl der Teilnehmenden zentral.

Das Dialogprojekt ist auch mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Die Zusammenarbeit mit weniger dialogbereiten buddhistischen Einflusspersonen birgt grosses Veränderungspotential, aber auch gewisse Schwierigkeiten. Einige WPT-Mitglieder haben sich aus der Perspektive des Projekts wenig konstruktiv in einzelnen Kontroversen geäussert. Die diversen Erfahrungshintergründe machen sich nicht nur bei unterschiedlichen Interpretationen von Ereignissen bemerkbar. Auch wenn es darum geht, das Tempo des Dialoges zu bestimmen, werden sie sichtbar: Den moderateren Teilnehmenden geht es tendenziell zu langsam und den konservativeren zu schnell.²⁹ Es bleibt abzuwarten, wie sich der intrabuddhistische Dialog angesichts des unvorhersehbaren politischen Klimas in Thailand weiterentwickelt.

4 WORKSHOP-REIHE IN NORDAFRIKA UND DEM MITTLEREN OSTEN

Das Beispiel einer Workshop-Reihe zu Religion und Politik im öffentlichen Bereich zeigt, wie die fünf religionsspezifischen Grundsätze des EDA im geographischen Kontext Nordafrikas und des Mittleren Ostens (MENA) in der Praxis angewandt werden.

4.1 KONFLIKTKONTEXT

Das Zusammenspiel von Religion und Politik stand nach den zivilen Revolten von 2011, weithin bekannt als «Arabischer Frühling», im Zentrum der politischen Umwälzungen in Nordafrika und dem Mittleren Osten. Die veränderten sozio-politischen und ökonomischen Verhältnisse haben den Wunsch nach politischer Teilhabe verstärkt. Nach Jahrzehnten der Überwachung und Unterdrückung hatten sich mit der Öffnung des sozio-politischen Raumes Akteure unterschiedlichster Hintergründe engagiert, allerdings vielerorts ohne auf eine gemein-

29 Ebd.

AUS DIESEN LÄNDERN STAMMEN DIE TEILNEHMENDEN DER FALLSTUDIE



same politische Kultur zurückgreifen zu können, die mit Dissens und Meinungsverschiedenheiten umzugehen wusste.³⁰

In der MENA-Region verlaufen historische ideologische Auseinandersetzungen zwischen Akteuren unterschiedlicher Weltanschauungen, insbesondere zwischen Säkularisten und Islamisten.³¹ Die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Weltanschauungen wurden von einigen Regimes der Region über Jahrzehnte unterdrückt und von anderen systematisch ausgenutzt. Gemäss der Analyse der Workshop-Reihe waren die ideologischen Gräben so tief, dass islamistische und säkularistische Akteuren kaum mehr konstruktiv zusammenarbeiten konnten und in fragilen Kontexten der Region die Befürchtung bestand, dass die ausgeprägte Polarisierung des öffentlichen Raumes zu Instabilität und Chaos führen könnte. Dies wiederum könnte autoritäre Tendenzen und

30 Internes Factsheet «*Religion and Politics in the Public Sphere: Promoting Peaceful Coexistence among Political Actors with Different Worldviews*» des EDA und der Cordoba Foundation von Februar 2018.

31 Der vorliegende Beitrag verwendet die Bezeichnungen «Islamisten» und «Säkularisten» rein deskriptiv. «Islamisten» verwenden in ihrer Politik explizit islamische Referenzen und nehmen Bezug auf die islamische Tradition wie deren Schriften, Glaubenssätze, Praktiken etc. «Säkularisten» verwenden nichtreligiöse oder anti-religiöse Referenzen, können aber privat gläubige Personen sein. Im vorliegenden Fallbeispiel befanden sich Säkularisten und Islamisten zu Beginn des Projekts in direkter ideologischer Konkurrenz zueinander, in der es nur ein Entweder-oder gab.

die Gefahr von Bürgerkriegen verstärken.³² Rückblickend wird heute erkannt, dass sich die unterschiedlichen geographischen Kontexte der MENA-Region in der Folge der arabischen Revolten sehr unterschiedlich entwickelt haben, aber die fundamentalen ideologischen Spannungen in der Region nach wie vor bemerkbar sind.

4.2 DAS PROJEKT

Seit 2011 engagiert sich die Schweiz in verschiedenen Ländern der Region und unterstützt unter anderem die Entwicklung demokratischer Institutionen und ökonomischer Perspektiven.³³ In Zusammenarbeit mit der *Cordoba Foundation of Geneva* (CFG) lancierte das EDA im Jahr 2016 eine Workshop-Reihe mit dem Namen «Interaktion von Religion und Politik im Öffentlichen Raum».³⁴ Ziel der Workshop-Reihe ist es, das friedliche Zusammenleben von politischen Akteuren unterschiedlicher Weltanschauungen in der MENA-Region zu fördern und zur Milderung der Spannungen zwischen Islamisten und Säkularisten beizutragen. Eingeladen wurden religiöse Gelehrte, Menschenrechtsaktivisten, Regierungs- und Oppositionsvertreter sowie zivilgesellschaftliche Akteure, die alle wichtige Meinungsbildner ihrer jeweiligen Gemeinschaften waren. In diesem Sinn nahmen sie nicht nur in ihrer persönlichen Kapazität teil, sondern vertraten die Ideen und Diskurse ihrer Gemeinschaften im Dialog. Die Teilnehmenden sollten als legitime Interpreten ihrer Weltanschauungen gemeinsam eine neue politische Kultur entwickeln, die es ihnen erlaubt, mit Personen anderer Weltanschauungen konstruktiv in einem gemeinsamen zivilgesellschaftlichen Raum zusammen zu leben. In ihrer Funktion der Meinungsbildner und Inter-

32 Internes Factsheet, *Religion, Politik, Konflikte*.

33 Vgl. Lisa Watanabe, «Nach den arabischen Rebellionen: Eine neue Schweizer Nordafrikapolitik», in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (2013), S. 71–89; dies., «Ein Schweizer Nordafrika-Programm 2.0», in: *CSS Analysen zur Sicherheitspolitik* Nr. 184 (2015).

34 Siehe die Workshop-Berichte von CFG zum Projekt: Alistair Davison (Hrsg.), «Experts' Conclusions Memorandum Towards a Common Action Space», *Cordoba Workshop Reports* (Istanbul: Cordoba Foundation Geneva, 2017); Lakhdar Ghattas, «Interaction of Religion and Politics in the Public Sphere», *Cordoba Workshop Reports* (Doha: Cordoba Foundation Geneva, 2016); Kheira Tarif / Lakhdar Ghattas, «The Interaction of Religion and Politics in the Public Sphere», *Cordoba Workshop Reports* (Geneva: Cordoba Foundation Geneva, 2016).

preten der Diskurse ihrer Gemeinschaften hatten die Teilnehmenden das Potential die neue politische Kultur in ihre jeweiligen nationalen Kontexte hineinzutragen.

Zu Workshops in Doha und Istanbul wurden 40 Personen aus Marokko, Algerien, Libyen, Tunesien, Ägypten, Mali, dem Libanon, Syrien, der Türkei, Saudi-Arabien und Katar eingeladen. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden aus unterschiedlichen Kontexten sollte eine neue Dynamik zwischen den ideologischen Lagern ermöglichen. Die Idee war, dass unter Ausschluss physischer und ideologischer Angriffe ein inklusiver Raum etabliert werden kann. Darin sollten die Teilnehmenden frei von öffentlichem Druck miteinander ins Gespräch kommen, neue Beziehungen knüpfen, eine inklusivere Herangehensweise gegenüber anderen Bezugssystemen und Ideologien praktizieren und das Erfahrene in ihren jeweiligen Kontexten einbringen.³⁵

4.3 VORLÄUFIGE ERGEBNISSE

Dank der religionsneutralen Herangehensweise und des Verzichts auf Bewertungen der politischen Einstellungen seitens der Schweiz haben Islamisten und Säkularisten die Einladung zur Workshop-Serie angenommen. Die religiösen Referenzen der islamistischen Akteure wurden nicht als Instrumentalisierung von Religion abgetan, sondern angenommen als legitime Bezüge, wie diese Akteure die Welt verstehen. Die inklusive Herangehensweise ermöglichte es religiöse und nichtreligiöse Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren miteinander ins Gespräch zu bringen, was einen lebenspraktischen, nicht-ideologischen Dialog förderte.

Durch diesen transformativen Ansatz haben die Teilnehmenden Vertrauen in die Gegenseite gewonnen und sind offener geworden. Das hat eine Veränderung der Einstellungen und persönlichen Beziehungen ermöglicht. Der geführte Austausch über polarisierende Themen wie freie Meinungsäusserung und Blasphemie, Demokratie und Scharia oder darüber, was die Basis der Staatsbürgerschaft ausmacht, hat dank der Einbettung in einen vertraulichen und sicheren Rahmen zu tieferen Einblicken und einem neuen Verständnis für die Standpunkte der

35 Vgl. die Projektseite der CFG.

jeweils anderen Seite geführt. Die Gegenseite wird nun nicht länger nur als irrational und gefährlich abgetan. Stattdessen werden Säkularisten und Islamisten langsam zu Partnern eines friedlichen und konstruktiven politischen Dialogs.³⁶

Durch den Austausch über die Gemeindeordnung von Medina des Propheten Mohammed (ca. 622 A.D.) und John Rawls «Theorie der Gerechtigkeit» (1971) identifizierten die Teilnehmenden Möglichkeiten der Kooperation im zivilgesellschaftlichen Raum. Die Gemeindeordnung von Medina organisiert das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher religiöser und tribaler Identitäten; Rawls Theorie schlägt eine Gesellschaft vor, welche die Freiheit eines jeden Mitglieds schützt, solange die Freiheit des Einen nicht die Freiheit des Anderen beschneidet.³⁷ Aus den gemeinsamen Reflektionen entstanden konfliktrelevante Kooperationen: Teilnehmende aus Tunesien haben Dialogräume geschaffen mit dem Ziel, ideologische und politische Spannungen zwischen Islamisten und Säkularisten zu mindern, die politische Transition zu schützen und politische Gewaltakte zu verhindern. In Marokko wurde ein inklusiver Mediationsmechanismus in Universitätscampi angestrebt, welcher die physische Gewalt zwischen säkularistischen und islamistischen Studenten verringern und bearbeiten soll.³⁸ Erste praktische Ansätze einer neuen inklusiveren politischen Kultur konnten so in die nationalen Kontexte hineingetragen werden. Die Workshop-Reihe hat ihre Effekte jenseits der ursprünglichen Teilnehmenden multipliziert und Meinungsbildner und Entscheidungsträger für ein konstruktives Miteinander im öffentlichen Raum sensibilisiert.

4.4 ERFOLGSFAKTOREN UND VERBLEIBENDE HERAUSFORDERUNGEN

Zum Erfolg, dass politische Akteure mit inkompatiblen Weltanschauungen gemeinsam strittige Themen besprechen sowie Verständnis für unterschiedliche Perspektiven entwickeln konnten, ohne ihre eigenen Werte anpassen zu müssen, haben fünf Elemente in besonderer Weise beigetragen. *Erstens* waren der kulturelle und religiöse Erfahrungs-

36 Davison, *Experts' Conclusions Memorandum*.

37 Ebd.

38 Internes Factsheet, *Religion, Politik, Konflikte*.

hintergrund der Projektpartnerin CFG und deren Verankerung in der islamischen und der westlichen Welt wesentlich, um Zugang zu den Teilnehmenden zu erhalten und die Legitimität des Vorhabens zu garantieren. *Zweitens* waren die religionsneutrale und inklusive Herangehensweise an die Auswahl der Teilnehmenden und *drittens* das Akzeptieren religiöser politischer Referenzen als Ausdruck einer legitimen Weltanschauung zentral. Der *vierte* wichtige Faktor für die Etablierung des Dialograumes war die Fokussierung auf die praktischen Aspekte des friedlichen Zusammenlebens im Sinne der Diapraxis, wodurch ideologische Debatten vermieden werden konnten. *Fünftens* konnten die Teilnehmenden dank des transformativen Ansatzes akzeptieren, dass unterschiedliche Weltanschauungen zwar nicht angeglichen, aber ausgesöhnt werden können.

Eine bleibende Herausforderung für die Workshop-Serie zu Religion und Politik im öffentlichen Raum sind die volatilen politischen Kontexte der Teilnehmenden, die eine fortwährende Kontextanalyse und gegebenenfalls eine Anpassung des weiteren Projektvorgehens erfordern. Je nach Sicherheitssituation kann die Aus- und Wiedereinreise in bestimmten Ländern massiv erschwert sein. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass Teilnehmende sich Repressionen oder Anti-Terrorismus-Aktionen ausgesetzt finden, sodass sie sich aus ihren politischen Engagements zurückziehen müssen.³⁹ Es bleibt abzuwarten, wie die regional angelegte Workshop-Reihe mit den unterschiedlichen Entwicklungen der nationalen Kontexte umgehen wird.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Unterscheidung religiöser Konflikte in solche mit religiösen Konfliktthemen und religiöse Identitätskonflikte ist ein hilfreiches Instrument für die Friedensförderung. Ein genaues Abgrenzen der beiden Typen ist aber in der Praxis nicht immer möglich. Während das Fallbeispiel der MENA-Region wesentliche Weltanschauungsdifferenzen entlang der Konfliktlinien aufweist, wird die bewaffnete Auseinandersetzung im Süden Thailands hauptsächlich von Unabhängigkeitsforderungen entlang unterschiedlicher religiös-ethnischer Identitäten angetrieben.

39 Tarif/Ghettas, *Interaction*.

Gleichzeitig beeinflussen mit der (bislang schwachen) Forderung nach Einführung der Scharia in Thailand auch unterschiedliche Weltanschauungen die Interessen der Parteien. In der Workshop-Reihe der MENA-Region tragen die parallel zur ideologischen Trennung verlaufenden Konfliktidentitäten zwischen Säkularisten und Islamisten ebenfalls in gewissem Mass zur Konfliktdynamik bei.

Mit Blick auf die Fallstudien wird deutlich, dass sich die fünf religionspezifischen Grundsätze des EDA in der Praxis bewährt haben. Beide Projekte illustrieren das Potenzial der religionsneutralen und inklusiven Herangehensweise; der Anerkennung religiös motivierter politischer Akteure und ihrer religiösen Referenzen als legitimen Ausdruck ihrer Weltanschauung; des transformativen Ansatzes und des Dialogs durch Praxis. In Thailand, einem von unterschiedlichen Identitäten geprägten Konflikt, war es wichtig, die Rolle von Religion nicht überzubewerten. In der MENA-Region, einem von unterschiedlichen Weltanschauungen geprägten Konflikt, war es hingegen zentral, die Rolle von Religion als konstituierende Kraft von Weltanschauungen anzuerkennen. Die Folgeinitiativen beider Projekte deuten darauf hin, dass das Arbeiten mit legitimen Meinungsbildern und Interpreten der Weltanschauungsdiskurse Veränderungen in den Beziehungen ganzer Wertegemeinschaften zueinander bewirken kann. Die Teilnehmenden der Dialogprozesse sind wichtige Schlüsselfiguren in ihren Gemeinschaften, was die Deutung der Welt betrifft. Dadurch vertreten sie die religiösen oder nicht-religiösen Diskurse ihrer Gemeinschaften im Dialograum und tragen neue Erkenntnisse und neue Interpretationsmöglichkeiten ihrer Weltanschauung zurück in ihre Gemeinschaften. Auf diese Weise erstrecken sich die Dialogprozesse über die Gruppe der ursprünglich Teilnehmenden hinaus und können auf sozio-politischer Ebene transformativ wirken. Die Fallstudien zeigen aber auch, dass dies Zeit benötigt.

Nicht nur die Schweiz hat erkannt, dass das Engagement für friedliche Lösungen von Konflikten mit religiösen Dimensionen relevanter wird. Frankreich gründete vor etwa zehn Jahren den Arbeitsbereich «*pôle religions*» aus der Perspektive einer «positiven Laizität»,⁴⁰ um die Rolle von Religion in Friedensbemühungen besser zu verstehen. Die

40 Stéphanie Le Bars, «Bernard Kouchner vient de créer un pôle religions au Quai d'Orsay, une première en France», in: *Le Monde*, 25.7.2009.

USA haben eine Abteilung für *Religion and Global Affairs*⁴¹ im Aussenministerium sowie das *White House Advisory Council on Faith-Based and Neighborhood Partnerships*⁴² eingerichtet. Seit kürzerem engagieren sich auch Finnland und Deutschland: Deutschland fokussiert sich aktuell auf religiöse Akteure als Ressourcen für Friedensbemühungen,⁴³ während Finnland, ähnlich der Schweiz, eher transformative Ansätze verfolgt.⁴⁴ Auch internationale Organisationen haben erkannt, dass die Thematik besondere Aufmerksamkeit verdient. Der Europäische Auswärtige Dienst⁴⁵ und die OSZE⁴⁶ konzentrieren sich traditionell auf die Förderung der Religions- und Gewissensfreiheit. Verschiedene Organe der Vereinten Nationen (UNO) beschäftigen sich mit den Herausforderungen von Religion und Konflikt, wie beispielsweise die UNO-Initiative Allianz der Zivilisationen (UNAOC)⁴⁷, die Konflikten vorbeugen und Brücken zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Nationen schlagen soll.

In den letzten fünf Jahren haben sich die multilateralen Engagements verstärkt. Im Jahr 2013 gründeten das UNO-Department für politische Angelegenheiten (UNDPA); die UNAOC, die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), und die NGOs *Finn Church Aid* (FCA) und *Religions for Peace* (RfP) das *Network for Religious and Traditional Peacemakers (Network)*⁴⁸, das sich für die Einbindung religiöser Akteure in Friedensprozessen einsetzt. Zwei Jahre später wurde das *Transatlantic Policy Network on Religion and Diplomacy* (TPNRD)⁴⁹ gegründet, welches Experten der euro-atlantischen Aussenministerien zusammenbringt (an dem auch die Schweiz teilnimmt). Die UNDP

41 Siehe die Website des Department of State.

42 Siehe die Website des Advisory Council.

43 Siehe die Website des Auswärtigen Amtes.

44 Siehe die Website des finnischen Aussendepartements.

45 Siehe eine Beschreibung des Europäischen Auswärtigen Dienstes von François Foret, «How the European External Action Service Deals with Religion through Religious Freedom», in: *EU Diplomacy Paper* Nr. 7 (2017).

46 Siehe die Website der OSZE.

47 Siehe die Website der UNAOC.

48 Siehe die Website des Network.

49 Siehe die Website des Sekretariats des TPNRD des Cambridge Institute on Religion & International Studies.

führte gleichzeitig mit schweizerischer und finnischer Unterstützung den *Religion and Mediation Course* für UNO-Mitarbeitende durch. Weitere Beispiele für die Initiativen zu Religion und Konflikt sind die 2016 verabschiedete Marrakesch-Deklaration⁵⁰ zum religiösen Miteinander im muslimischen Kontexten sowie ein von Irland 2018 eingebrachtes Forschungsprojekt zu Religion und Konflikt in der OSZE.⁵¹

Die Schweiz beteiligt sich aktuell an verschiedenen Netzwerken und internationalen Kooperationen zur Thematik. Wenn sie ihre Vorreiterrolle behalten will, muss sie aktiver werden und das tun, was sie am besten kann: Den inklusiven Dialog für lebenspraktische Lösungen einer friedlichen Koexistenz fördern. Der Grossteil der anderen internationalen Akteure beschäftigt sich mit der Religions- und Glaubensfreiheit und mit interreligiösem Dialog.

Die Schweizer Aussenpolitik hat auf der Basis der Geschichte des Landes einen wichtigen komparativen Vorteil entwickelt: Pragmatische Lösungsansätze im Umgang mit religiös geprägten Konflikten. Dank ihrer historischen Erfahrung und unabhängigen Aussenpolitik kann die Schweiz ihren Ansatz glaubwürdig vertreten und unvoreingenommen mit allen Akteuren sprechen. Auch mit jenen, die unbekannte oder unverständliche religiöse Referenzen verwenden und dadurch oft von der internationalen Gemeinschaft als «schwierig» wahrgenommen werden. Ihre Lernerfahrungen sollte die Schweiz stärker weitergeben und zu einem Dialog der Praxis anregen. Ansätze wie der schweizerische sind innovativ und werden dringend benötigt. Besonders Konflikte mit religiösen Konfliktthemen stellen die Welt vor grosse Herausforderungen. Eine nicht-bewertende, religionsneutrale Herangehensweise, die auch Akteure mit unbekannten oder unverständlichen religiösen Referenzen als legitime Gegenüber akzeptiert, ist wichtiger denn je. Dialogräume, welche die konkreten und lebensweltlichen Herausforderungen des friedlichen Zusammenlebens angehen, helfen eine

**Dank ihrer
historischen Erfahrung
und unabhängigen
Aussenpolitik kann
die Schweiz ihren
Ansatz glaubwürdig
vertreten.**

50 Siehe die Website der Marrakesch Deklaration.

51 Siehe die Beschreibung des ersten Workshops des Forschungsprojektes.

stabilere Welt zu kreieren. Sowohl aus der Perspektive einer humanitären Politik wie auch einer interessensgeleiteten Aussenpolitik ist es daher sinnvoll, solche Dialogräume zu unterstützen, denn mehr Frieden und Stabilität weltweit kommen letztlich auch der Schweiz zugute.